

UR-Nr. ____/2019

der Urkundenrolle für das Jahr Zweitausendneunzehn - 2019 -

Verhandelt

zu Musterstadt im Amtszimmer des Notariats Dr. Notar Wunderbar

am (Datum) Zweitausendneunzehn - __.__.2019 -

Vor dem unterzeichneten Notar

Dr. Notar Wunderbar

mit dem Amtssitz in Musterstadt

e r s c h i e n e n :

1. Herr **Max Mustermann**, geb. am 16.08.1957,
wohnhaft Musterstraße 123, 12345 Musterstadt.
2. Frau **Marta Mustermann**, geb. am 17.01.1959,
wohnhaft Musterstraße 123, 12345 Musterstadt.

Die Erschienenen sind dem Notar von Person bekannt.

Der Notar überzeugte sich durch den Gang der Verhandlung von der Geschäftsfähigkeit der Erschienenen.

Auf Ansuchen der Erschienenen beurkunde ich gemäß den vor mir persönlich abgegebenen Erklärungen folgendes:

§ 1

Vollmachterteilung

1. Die Erschienenen erteilen sich hiermit gegenseitig jeweils

GENERALVOLLMACHT,

den jeweiligen Vollmachtgeber in allen persönlichen und vermögensrechtlichen Angelegenheiten, bei denen eine Stellvertretung gesetzlich zulässig ist, umfassend zu vertreten.

2. Die Vollmacht soll insbesondere als Betreuungsvollmacht zur Vermeidung der Anordnung einer Betreuung dienen und soll daher bei Eintritt einer Geschäftsunfähigkeit des jeweiligen Vollmachtgebers ausdrücklich nicht erlöschen.
3. Der Bevollmächtigte ist einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

§ 2

Vollmachtumfang

Die Vollmacht soll eine Generalvollmacht sein und im Umfang unbeschränkt gelten. Zur Erläuterung der Bedeutung der Vollmacht sollen nachfolgend einige Angelegenheiten aufgezählt werden, die insbesondere von der Vollmacht erfasst sind, ohne dass durch sie eine Beschränkung der Vollmacht getroffen wird. Die nachfolgende Aufzählung ist nur beispielhaft und nicht abschließend:

1. Vermögensangelegenheiten

Die Vollmacht umfasst insbesondere die Befugnis,

- alle Rechtshandlungen und Rechtsgeschäfte im Namen des Vollmachtgebers vorzunehmen,
- über Vermögensgegenstände jeder Art zu verfügen,
- Erklärungen aller Art abzugeben und entgegenzunehmen sowie Anträge zu stellen, abzuändern, zurückzunehmen,
- Zahlungen und Wertgegenstände anzunehmen,
- Verbindlichkeiten einzugehen,

- den Vollmachtgeber vor Behörden, Dienststellen und Notariaten sowie Versicherungsgesellschaften aller Art im In- und Ausland umfassend zu vertreten,
- Grundbesitz zu veräußern und zu erwerben, Grundpfandrechte einschließlich Zins- und Nebenleistungen und sonstige Rechte für beliebige Gläubiger und Berechtigte zu bestellen und die Eintragung im Grundbuch zu bewilligen und zu beantragen, dingliche Zwangsvollstreckungsunterwerfung auch nach § 800 ZPO zu erklären, die Löschung von allen dinglichen Rechten zu erklären und im Grundbuch zu bewilligen,
- Geschäftsähnliche Handlungen wie z.B. Mahnungen, Fristsetzungen, Anträge und Mitteilungen abzugeben,
- Darlehens- und sonstige Kreditverträge abzuschließen,
- über Bankkonten und Depots sowie sonstige Geldvermögen aller Art im Namen des Vollmachtgebers zu verfügen und Bankkonten und Depots zu eröffnen und aufzulösen,
- den Vollmachtgeber gegenüber Gerichten zu vertreten, sowie Prozesshandlungen aller Art vorzunehmen.

2. Persönliche Angelegenheiten

Der Bevollmächtigte ist weiterhin zur Vertretung des Vollmachtgebers in allen persönlichen Angelegenheiten befugt. Insbesondere umfasst die Vollmacht nachfolgende persönliche Angelegenheiten:

a) Ärztliche Maßnahmen

(aa) Die Vollmacht umfasst die Befugnis zur Einwilligung in ärztliche Maßnahmen, wie in eine Untersuchung des Gesundheitszustandes, eine Heilbehandlung oder einen ärztlichen Eingriff, auch dann, wenn die begründete Gefahr besteht, dass der Vollmachtgeber aufgrund der Maßnahme stirbt oder einen schweren und länger dauernden gesundheitlichen Schaden erleidet (§ 1904 Abs. 1 BGB).

Der Bevollmächtigte kann über den Einsatz neuer noch nicht zugelassener Medikamente und Behandlungsmethoden entscheiden.

(bb) Die Vollmacht umfasst auch die Befugnis zur Nichteinwilligung sowie den Widerruf der Einwilligung in eine Untersuchung des Gesundheitszustands, eine Heilbehandlung oder einen ärztlichen Eingriff zu erklären, wenn die Maßnahme medizinisch angezeigt ist und die begründete Gefahr besteht, dass der Vollmachtgeber aufgrund des Unterbleibens oder des Abbruchs der Maß-

nahme stirbt oder einen schweren und länger dauernden gesundheitlichen Schaden erleidet (§ 1904 Abs. 2 BGB)

b) Unterbringung

Die Vollmacht berechtigt dazu, den Aufenthalt des Vollmachtgebers zu bestimmen.

Die Vollmacht umfasst auch die Unterbringung des Vollmachtgebers, die mit Freiheitsentziehung verbunden ist, im Sinne des § 1906 BGB, soweit sie zum Wohle des Vollmachtgebers erforderlich ist, weil

- aa) aufgrund einer psychischen Krankheit oder geistigen oder seelischen Behinderung die Gefahr besteht, dass der Vollmachtgeber sich selbst tötet oder sich erheblichen gesundheitlichen Schaden zufügt, oder
- bb) eine Untersuchung des Gesundheitszustandes, eine Heilbehandlung oder ein ärztlicher Eingriff notwendig ist, die ohne eine Unterbringung des Vollmachtgebers nicht durchgeführt werden kann, und der Vollmachtgeber aufgrund einer psychischen Krankheit oder geistigen oder seelischen Behinderung die Notwendigkeit der Unterbringung nicht erkennen oder nicht nach dieser Einsicht handeln kann.

c) Diese Vollmacht gilt entsprechend,

- aa) wenn der Vollmachtgeber sich in einer Anstalt, einem Heim oder einer sonstigen Einrichtung aufhält ohne untergebracht zu sein,
- bb) wenn der Vollmachtgeber durch mechanische Vorrichtungen, Medikamente oder auf andere Weise über einen längeren Zeitraum oder regelmäßig seine Freiheit entzogen werden soll (z.B. durch Bettgitter oder Fixierung im Bett oder Rollstuhl oder durch medikamentöse Sedierung, Maßnahmen i.S.d. § 1906 Abs. 4 BGB),
- cc) wenn eine entsprechende ärztliche Maßnahme meinem natürlichen Willen widerspricht (ärztliche Zwangsmaßnahme, § 1906a Abs. 1 BGB) sowie bei Maßnahmen nach § 1906a Abs. 4 BGB (Verbringung zu einem stationären Aufenthalt in ein Krankenhaus für den Fall, dass eine ärztliche Zwangsmaßnahme in Betracht kommt, auch wenn sie meinem natürlichen Willen widerspricht).

d) Sonstiges

In allen Angelegenheiten ist der Bevollmächtigte befugt, die Rechte des Vollmachtgebers gegenüber Ärzten, Krankenhäusern, Pflegeheimen, etc. wahrzunehmen, alle nötigen Auskünfte und Informationen zu verlangen, Einsicht in Krankenakten zu nehmen und Entscheidungen über Untersuchungen, Heilbehandlungen und ärztliche Eingriffe zu treffen. Die Betroffenen werden dazu insoweit von ihrer Schweigepflicht entbunden.

§ 3**Untervollmacht, Widerruf**

1. Der Bevollmächtigte kann in Vermögensangelegenheiten Untervollmacht erteilen und dabei diese Vollmacht ganz oder teilweise auf Dritte übertragen. In den persönlichen Angelegenheiten ist die Vollmacht nicht übertragbar. Untervollmacht darf insoweit nicht erteilt werden.
2. Die Vollmacht ist jederzeit widerruflich.
3. Die Vollmacht erlischt nicht mit dem Tod des Vollmachtgebers.

§ 4**Ersatzbevollmächtigte**

Die Vollmachtgeber ernennen jeweils als Ersatzbevollmächtigte ihre beiden Kinder

1. Frau **Maria Mustermann**, geb. am __.__.19__,
wohnhaft Musterstraße 123, 12345 Musterstadt.
2. Herr **Mark Mustermann**, geb. am 14__.__.19__,
wohnhaft Musterstraße 123, 12345 Musterstadt.

Der jeweilige Ersatzbevollmächtigte soll im Innenverhältnis nur tätig werden, bei Tod oder Geschäftsunfähigkeit oder auf ausdrücklichen Wunsch oder Anweisung des jeweiligen Vollmachtgebers.

Der jeweilige Ersatzbevollmächtigte ist einzelvertretungsberechtigt und jeweils von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Im Innenverhältnis sollen sich die Ersatzbevollmächtigten miteinander abstimmen. Diese Bestimmung ist keine Beschränkung der Vollmacht im Außenverhältnis und gegenüber Dritten, sondern lediglich eine Anweisung an die Ersatzbevollmächtigten, welche im Innenverhältnis gilt.

Der jeweilige Ersatzbevollmächtigte hat dieselbe Rechtsstellung wie der Bevollmächtigte.

Der Notar wird angewiesen, die Ausfertigung für die Ersatzbevollmächtigten bereits jetzt zu erteilen, aber zu Händen des jeweiligen Vollmachtgebers zu übersenden.

§ 5

Betreuungsverfügung, Grundverhältnis

1. Durch die vorstehende Vollmachterteilung soll die Bestellung eines Betreuers im Fall von Krankheit oder Gebrechlichkeit vermieden werden. Im Innenverhältnis, d.h. ohne Einfluss auf die Vollmacht im Außenverhältnis, soll von der Vollmacht erst dann Gebrauch gemacht werden, wenn der Vorsorgefall eintritt (Geschäftsunfähigkeit bzw. Betreuungsbedürftigkeit) oder der Vollmachtgeber dies wünscht.
2. Für den Fall, dass die Bestellung eines Betreuers notwendig werden sollte, wünscht der Vollmachtgeber den Bevollmächtigten als seinen Betreuer. Wird ein Betreuer bestellt, soll die Vollmacht im Übrigen bestehen bleiben.

§ 6

Patientenverfügung (§ 1901a Abs. 1 BGB)

1. Der Bevollmächtigte ist verpflichtet, bei der Ausübung der Vorsorgevollmacht folgende Anweisungen zu beachten; diese gelten als Patientenverfügungen und als unmittelbare Anweisung an die behandelnden Ärzte.
2. Hinsichtlich einer Zustimmung oder Ablehnung von ärztlichen Behandlungen, Eingriffen und Verabreichung von Medikamenten etc. gemäß § 2 Absatz 2. a) erteilt der Vollmachtgeber dem Bevollmächtigten und den vorgenannten Ärzten folgende verbindliche

Weisung

Diese Patientenverfügung gilt in folgenden Situationen:

- a) wenn ich mich aller Wahrscheinlichkeit nach unabwendbar im unmittelbaren Sterbeprozess befinde, oder
- b) wenn ich mich im Endstadium einer unheilbaren, tödlich verlaufenden Krankheit befinde, selbst wenn der Tod noch nicht unmittelbar bevorsteht, oder
- c) wenn infolge einer Gehirnschädigung meine Fähigkeiten, Einsichten zu gewinnen, Entscheidungen zu treffen und mit anderen Menschen in Kontakt zu treten, nach ärztlicher Einschätzung aller Wahrscheinlichkeit nach unwiederbringlich erloschen sind, selbst wenn der Todeszeitpunkt noch nicht absehbar ist; das gilt für direkte Gehirnschädigungen (z.B. durch Unfall, Schlaganfall oder Entzündung) ebenso wie für indirekte Gehirnschädigungen (z.B. nach Wiederbelebung, Schock oder Lungenversagen); mir ist bekannt, dass in solchen Situationen die Fähigkeit zu Empfindungen erhalten sein kann und dass ein Aufwachen aus diesem Zustand nicht ganz sicher auszuschließen, aber höchst unwahrscheinlich ist; oder
- d) wenn ich infolge eines weit fortgeschrittenen Hirnabbauprozesses (z.B. bei Demenzerkrankungen) auch mit ausdauernder Hilfestellung nicht mehr in der Lage bin, Nahrung und/oder Flüssigkeit auf natürliche Weise zu mir zu nehmen.

Vergleichbare, unter a) bis d) nicht ausdrücklich aufgeführte Krankheitszustände sollen entsprechend beurteilt werden. Ausdrücklich stelle ich noch einmal klar: Diese Patientenverfügung gilt auch für Situationen, in denen ich ohne Aussicht auf Wiedererlangung des Bewusstseins im **Wachkoma** liege.

- 3. In allen unter Punkt 2. beschriebenen Situationen wünsche ich lindernde pflegerische Maßnahmen, insbesondere Mundpflege zur Vermeidung des Durstgefühls sowie lindernde ärztliche Maßnahmen, insbesondere Medikamente zur wirksamen Bekämpfung von Schmerzen, Luftnot, Angst, Unruhe, Erbrechen und anderen Krankheitserscheinungen. Die Möglichkeit einer Verkürzung der Lebenszeit durch derartige Maßnahmen nehme ich ausdrücklich in Kauf.
- 4. In den unter Punkt 2. beschriebenen Situationen, insbesondere auch in den Fällen, in denen der Tod noch nicht unmittelbar bevorsteht, wünsche ich sterben zu dürfen und verlange
 - a) lebensverlängernde oder lebenserhaltende Maßnahmen zu unterlassen bzw. abbrechen, die nur den Todeseintritt verzögern und dadurch Leiden unnötig verlängern,
 - b) von Wiederbelebungsmaßnahmen abzusehen,
 - c) mich nicht künstlich zu ernähren (beispielsweise weder über eine Magensonde, durch den Mund, die Nase oder die Bauchdecke noch über die Venen),

- d) die künstliche Flüssigkeitszufuhr zu unterlassen, soweit sie sich nicht als lindernde ärztliche Maßnahme darstellt,
- e) eine künstliche Beatmung abubrechen bzw. nicht einzuleiten, soweit ich Medikamente zur Linderung der Luftnot erhalte; die Möglichkeit einer Bewusstseinsdämpfung oder einer ungewollten Verkürzung meiner Lebenszeit durch solche Medikamente nehme ich in Kauf,
- f) keine Dialyse durchzuführen bzw. eine schon eingeleitete Dialyse einzustellen,
- g) die Gabe von Antibiotika nur zur Linderung meiner Beschwerden,
- h) die Gabe von Blut oder Blutbestandteilen nur zur Linderung meiner Beschwerden.

Mein Bevollmächtigter soll den hier getroffenen Festlegungen Ausdruck und Geltung verschaffen und meinen Willen durchsetzen. Der Bevollmächtigte ist ausdrücklich auch berechtigt, in den vorgenannten Fällen die Nichteinwilligung oder den Widerruf von Einwilligungen in ärztliche Maßnahmen zu erklären. Das gilt auch dann, wenn die Gefahr besteht, dass ich aufgrund des Unterbleibens der Maßnahmen sterbe oder einen schweren oder länger dauernden gesundheitlichen Schaden erleide. Auch ein eventuell bestellter Betreuer ist an diese Weisung gebunden.

5. Die Erschienenen erklärten weiter: Mir ist bekannt, dass sich eine Bestätigung der Patientenverfügung in regelmäßigen Abständen, z.B. von ein bis zwei Jahren, empfehlen kann. Auch wenn ich eine solche Bestätigung nicht vornehme, darf daraus keine Änderung meines Willens abgeleitet werden. Ich wünsche also nicht, dass mir in der konkreten Situation eine mögliche Änderung meines hiermit bekundeten Willens unterstellt wird, solange ich ihn nicht ausdrücklich schriftlich oder nachweisbar mündlich widerrufen habe. Aus Gesten, Blicken und anderen Äußerungen, die ich im nicht mehr selbstbestimmten Willenszustand abgebe, soll nicht auf eine Willensänderung geschlossen werden.

§ 7

Wirksamkeitsbedingungen, Kontrolle

1. Die Vollmacht wird mit Abschluss dieser Urkunde wirksam. Trotz Belehrung durch den Notar wünscht der Vollmachtgeber keine Wirksamkeitsbeschränkung dergestalt, dass die Vollmacht erst mit Eintritt der Betreuungsbedürftigkeit wirksam werden soll.
2. Es ist Wirksamkeitsvoraussetzung dieser Vollmacht, dass der Bevollmächtigte bei jeder Vertretungshandlung eine namentlich und ausdrücklich ihm als Bevollmächtigten des Vollmachtgebers erteilte Ausfertigung dieser Vollmachtsurkunde vorlegt.

3. Sollte eine der vorbezeichneten Bestimmungen unwirksam sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen wirksam.
4. Die Bestellung eines weiteren Bevollmächtigten, eines weiteren Ersatzbevollmächtigten oder einer sonstigen Kontrollperson wird ausdrücklich nicht gewünscht.
5. Schließlich hat der Notar darauf hingewiesen, dass Dritte bei Vorlage einer Ausfertigung der Vollmacht in ihrem „guten Glauben“ an das Vorhandensein der Vollmacht geschützt sind, selbst wenn die Vollmacht nicht mehr besteht, und daher im Falle eines Vollmachtwiderrufs alle dem Bevollmächtigten erteilten Ausfertigungen zurückverlangt werden müssen.

§ 8

Sonstiges

1. Der Notar hat auf die betreuungsgerichtlichen Genehmigungserfordernisse für die Einwilligung in lebensgefährliche Heileingriffe und freiheitsentziehende Maßnahmen hingewiesen.
2. Der Notar hat darauf hingewiesen, dass trotz der vorstehend erteilten Vollmacht die Bestellung eines Betreuers erforderlich werden kann.
3. Von dieser Urkunde erhält der jeweilige Bevollmächtigte eine Ausfertigung und der Vollmachtgeber eine einfache Abschrift. Auf Antrag sind dem Bevollmächtigten jederzeit weitere Ausfertigungen und Abschriften zu erteilen.
4. Der Notar hat darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber die Möglichkeit eröffnet hat, die Vollmacht beim automatisierten zentralen Register über Vorsorgevollmachten, sog. „Zentrales Vorsorgeregister“ der Bundesnotarkammer zu registrieren. In dieses Register dürfen Angaben über Vollmachtgeber, Bevollmächtigte, die Vollmacht und deren Inhalt aufgenommen werden. Dem Betreuungsgericht wird auf Ersuchen Auskunft aus dem Register erteilt. Der Notar wird mit der Eintragung der vorgenannten Daten beauftragt.

Diese Niederschrift wurde den Erschienenen vom Notar vorgelesen, von den Erschienenen genehmigt sowie von ihnen und dem Notar eigenhändig, wie folgt, unterschrieben: